



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

14.12.1931 (Nr. 161)

LNZ

Bremer Nationalsozialistische Zeitung Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber: Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domseide 25878

Die LNZ erscheint jeden Freitag u. kostet RM. 1,90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Beleggeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörungen, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachzahl. des Bezugspre.

Anzeigenberechnung: hiesige die 100sp. Komp.-Zeile RM. 0,25, auswärts RM. 0,30, im Textteil die 40sp. Zeile RM. 0,30, auswärts RM. 1,—. Stellengesuche u. Familien-Anzeigen RM. 0,10. Kleine Anzeigen RM. 0,15. Platzvorbehalten ohne Verbindlichkeit.

Einzelpreis 15 Pfennig

Montag, 14. Dezember 1931 • Nummer 161

Und der Völkerbund?!

Nanking, 13. Dez. Marshall Tschiang-kaischek teilt mit, daß er das zweite Ultimatum, das von dem japanischen Oberkommando aus Mukden wegen der Räumung Kintschans an ihn gerichtet wurde, abgelehnt habe. Er erklärte, daß er Kintschan nicht ohne Kampf räumen würde.

„Deutschland den Deutschen“ Der Prozeß gegen die Bremer SA hat begonnen Hitler an Amerika

Auf Einladung von Hearst sollte Adolf Hitler in der Nacht vom Freitag zum Samstag eine Rede vor der amerikanischen Öffentlichkeit halten, die mittels Fernsprecher bis England und von da durch drahtlose Telephonie auf den amerikanischen Rundfunk mit sämtlichen Sendern der Vereinigten Staaten, Kanadas und Mexikos übertragen werden sollte. Die Regierung Brüning hat im letzten Augenblick die Weitergabe dieser Rede verhindert. Die anglo-amerikanische Presse hat trotzdem die beabsichtigte Rede ihren Lesern unterbreitet. Die Rede, deren Text vereinbarungsgemäß festgelegt worden war und auf deutsch und englisch durchgegeben werden sollte, hat folgenden Wortlaut:

„Ich möchte zuerst Mister Hearst für die mir gebotene Gelegenheit, durch die Hearst-Presse und die Columbia-Rundfunkgesellschaft dem amerikanischen Volk eine kurze Darstellung von Weg, Sinn und Zweck der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland zu geben, meinen Dank aussprechen.

Die nationalsozialistische Bewegung ist heute die größte politische Partei Deutschlands.

Im Jahre 1919, wenige Monate nach Beendigung des Weltkrieges, gründeten ein paar Männer und ich einen kleinen politischen Verein, der zunächst nur 7 Köpfe umfaßte. Unter uns befand sich kein prominenter Name, der im politischen Leben bisher irgendeine Rolle gespielt hätte.

Ein Jahr später betrug die Mitgliederzahl 64 Männer und Frauen. Wieder ein Jahr später 3070, ein Jahr später 7000, 1923 erreichte die Partei rund 30 000 Mitglieder.

Nach einer kurzen Periode der Verfolgungen und Bedrückungen trat sie erneut unter meiner Führung ins Leben und zählte schon 1927 über 70 000 Mitglieder, 1930 aber 6,5 Millionen Wähler, und heute ist sie unbestritten die größte Partei Deutschlands mit einer Wählerschaft von 14 bis 15 Millionen.

Ein unerhörter Siegeszug, wie die deutsche politische Geschichte keinen zweiten ähnlichen aufzuweisen vermag! Die Gründe für diese enorme Entwicklung sind folgende:

Im Jahre 1928 erlebte das deutsche Volk den schwersten und einschneidendsten Zusammenbruch aller Zeiten. Alle bestehenden politischen Parteien waren mehr oder weniger für diese Katastrophe mit verantwortlich. Es schien mir notwendig, daß eine neue Partei aus den jungen Generationen gebildet würde, die sowohl dem deutschen Volk als auch der Welt gegenüber mit nichts belastet sein konnte.

„Der Sieg des Kommunismus in Deutschland würde der Anfang einer Weltkatastrophe sein!“

Im Augenblick der Gründung unserer Bewegung stand Deutschland zum erstenmal am Rande des Bolschewismus.

Seit diesem Tage verfolgt die Bewegung als oberstes Prinzip unter keinen Umständen eine Entwicklung zuzulassen, die ein so großes Volk wie das deutsche dem Bolschewismus und damit der kulturlosen Barbarei ausliefern würde.

So wie heute, waren wir schon vor 12 Jahren überzeugt, daß der Sieg des Kommunismus in Deutschland der Anfang der allgemeinen Weltkatastrophe sein würde. Das politische, kulturelle und ökonomische Leben der zivilisierten Nationen ist miteinander so verflochten, daß ein Stolz, gegen Deutschland gerichtet, sich unweigerlich sofort nach außen hin forsetzen müßte. Alle Hoffnungen auf eine Genesung der Welt von den heutigen Leiden und Schäden müßten in dem Moment begraben werden, in dem die rote Sowjetfahne von Moskau bis nach Hamburg und Heidelberg getragen würde. Die Folgen wären für die Welt nicht auszudenken.

Der Kampf gegen diese Gefahr ist ein ungeborener und schwerer. Die durch einen unvernünftigen Haß diffamierte politische und wirtschaftliche Behandlung Deutschlands seit dem Diktat von Versailles hat es zuwege gebracht, daß uns über 6 Millionen erzwungene Kommunisten zu erzeugen, die sich selbst als Avantgarde der Weltrevolution von Moskau erklären. In Amerika ist der Kommunismus noch verhältnismäßig unbedeutend. Würde Amerika heute im selben Prozentmaß zwölf Millionen Kommunisten zählen, mit den gleichen Tendenzen und denselben Zielen, dann würde man die Notwendigkeit unserer Bewegung, den Kampf gegen diese Weltgefahr mit äußerster Entschlossenheit aufzunehmen, verstehen.

„Der französische Imperialismus ist nach Moskau die größte Weltgefahr“

Angeht es nicht, die ungeheure Gefahr, die ich als deutscher Nationalsozialist sehe, daß aus einem inneren Selbstzerfallungs- und Kampf heraus auch durch Amerika unser Kampf Sympathie entgegengebracht wird, indem man hilft, wenigstens einen Teil der Ursachen des Bolschewismus zu beseitigen. Ich glaube als Nationalsozialist, daß es nicht genügt, den Krieg nur auf den Schlachtfeldern zu liquidieren, sondern daß er auch aus dem täglichen Leben der Völker verschwinden muß. Die Verewigung des Kriegszustandes durch den Vertrag von Versailles führt zu einer Zerstückelung der Solidarität der Nationen und damit zur Weltrevolution.

Unsere Bewegung verkörpert die Jugend eines 70-Millionen-Volkes, dessen Bedeutung für die allgemeine Kultur der Welt allein durch Namen wie Albrecht Dürer, Hans Holbein, Bach, Kandel, Beethoven, Mozart, Schubert, Wagner, Kant, Goethe, Schiller, Schopenhauer usw. bewiesen ist. Für was will man uns verantwortlich machen, um eine Behandlung zu rechtfertigen, die uns für immer zu einer Nation zweiter Klasse stempelt und unter Umständen morgen schon wieder französische

Neger als Besatzungstruppen zum Rhein bringen kann? Wenn die Welt eine solche Degradierung deckt, dann darf sie sich auch nicht wundern, wenn am Ende einer solchen Entwicklung das Gespenst des Bolschewismus steht.

Ich kenne den Krieg. Meine Bewegung will den Frieden für Deutschland, den Frieden für Europa. Wir verstehen daher auch nicht, daß durch die Tyrannei der französischen Krieger in Europa und in der Welt keine Ruhe eintreten soll.

Der französische Militarismus bildet zusammen mit dem russischen Bolschewismus heute eine der größten Gefahren für die ruhige Entwicklung der Menschheit.

Meine Bewegung erkennt jede von Kaufmann zu Kaufmann gemachte private

Schuldverpflichtung an. Das Recht aber, ein Volk aus politischen Gründen für unabsehbare Zeiten mit Tribut zu belasten und dadurch zum Dauerbankrotteur zu machen, wird die nationalsozialistische Bewegung niemals anerkennen.

Meine Partei ist nicht eine Bewegung der Verzweiflung, sondern eine Bewegung der Hoffnung. Wir glauben, daß wir auf streng legalen Wege die Macht in Deutschland erobern werden. Unsere Parole wird dann heißen: Der Welt geben wir, was wir ihr gerechterweise schuldig sind, dem deutschen Volk aber sichern wir, was es als wohlverdienendes Volk zum Leben braucht. Wir wollen nichts anderes als eine Monroe Doktrin für alle deutschen Männer, Frauen und Kinder unter dem Motto: Deutschland den Deutschen!

Ein französisches Geheimdokument

Der unverbesserliche „Sieger“

London, 13. Dez. Der New Yorker Korrespondent des „Daily Telegraph“ hat Kenntnis von einer französischen Geheiminstruktion erhalten, die nach dem deutschen Brief an die VVJ an die französischen Vorkämpfer im Ausland verfaßt wurde, und die ihnen genaue Anweisung gibt, wie sie ihre Verhandlungen über die Reparationen, die interalliierten Kriegsschulden und die kurzfristigen Kredite anlegen sollen.

Das Dokument ist in die Hände gewisser diplomatischer Kreise in Washington gelangt. Es scheint, wie der Korrespondent berichtet, durchaus authentisch zu sein, obwohl Paris vielleicht ein Dementi ausgeben wird. Die Denkschrift befaßt sich mit folgenden fünf hauptbühnlichen Punkten.

1. Deutschland bleibt auf Grund seiner Verpflichtungen die es im Haag freiwillig und freiwillig einging, an den Youngplan gebunden, der auch weiterhin die Reparationsverpflichtungen des Reiches bestimmt, und zwar unbeschadet des eingegangenen Moratoriums, das sich an die außerordentlichen Schritte angeschlossen, die vom Präsidenten Hoover unter dem Druck der Umstände vorge schlagen waren. Insbesondere muß die vollständige Trennung zwischen geschützten und ungeschützten Zahlungen aufrechterhalten bleiben, was selbst während des gegenwärtigen Moratoriums beachtet worden sei.

Dadurch, daß das Deutsche Reich selbst Zusage zu den im Youngplan bezeichneten Maßnahmen genommen habe, um sich beim Ablauf des Hoovermoratoriums solche Vorteile, wie sie durch die Umstände gerechtfertigt sein mögen, zu sichern, hat es die Initiative ergriffen, die jede noch bestehende Unsicherheit über die Rechtsgültigkeit des Youngplanes zerstreuen muß.

2. Dadurch, daß die deutsche Regierung um eine Einberufung des beratenden Ausschusses ersucht hat, betont sie die Tatsache, daß die im Youngplan vorgesehenen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr der gegenwärtigen Lage entsprechen. Die französische Regierung weist zwar darauf hin, daß Deutschland zum großen Teil selbst die Verantwortung für die finanziellen Schwierigkeiten trage, mit denen es heute kämpfe, aber sie sei zu dem Zugeständnis bereit, daß die wirtschaftliche Krise, deren Größe und Ernst alle Erwartungen übersteigen, gewisse Verpflichtungen innerhalb des Rahmenvorges der Vereinbarung über die Schulden rechtfertige. Aber diese Verpflichtung dürfe nur für die Zeit der wirtschaftlichen Depression gelten. Eine andere Möglichkeit besteht nicht, oder nur dann, wenn die Vereinigten Staaten endgültig einer Herabsetzung der interalliierten Schulden zustimmen.

Reichspräsidentenwahl am 13. März Dreistigkeiten jüdischer Unzucht-Gazetten

Wie haben im Reichsministerium bestimmt worden ist, soll der erste Wahlgang für die Präsidentenwahl schon am Sonntag, den 13. März, stattfinden und für den zweiten Wahlgang ist Sonntag, der 10. April, in Aussicht genommen.

Bekanntlich wünschen gewisse Kreise ein weiteres Verbleiben Hindenburgs im Amt. Man hatte gehofft, daß im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit für eine Verlängerung der Amtsperiode Hindenburgs vorhanden sein würde, wie das i. B. mit der Amts-

zeit Eberts der Fall war. Der Reichspräsident hat aber auf das Bestimmteste ein solches Ansuchen abgelehnt. Daher ist eine Ausdehnung der Wahlen nötig geworden.

Die Kandidatenfrage wird also schon sehr bald akut werden. Schon erdreistet sich die jüdische „N. Z. am Mittag“, an Hindenburg den Wunsch zu veranlassen, sich auch „in diesem Kampf einer Front zur Verfügung zu stellen, deren Ziel die Rettung vor dem jüdischen Chaos ist.“

Man kann also auf allerhand gefaßt sein!

Januar: Mitgliedersperre!

Trotz der wirtschaftlichen Notlage, die den Vorgesetzten zu den größten finanziellen Einschränkungen zwingt, waren im Monat November nicht weniger wie 53 000 — dreihundertfünzigtausend — Neueintritte in die NSDAP zu verzeichnen. Wir melden, daß die siebentausendtausendste Mitgliedskarte ausgehändigt wurde. Heute liegen bereits wieder über 40 000 ausgefüllte Aufnahmescheine im „Braunen Haus“, die der Erledigung harren. Da der Mitgliederzuwachs in gleicher Stärke anhält, als sich die Parteileitung gezwungen, für den Monat Januar eine Mitgliedersperre auszurufen, um die vorliegenden noch nicht erledigten Neuanmeldungen organisatorisch einzufügen und auch den Ortsgruppen und Gauen die Möglichkeit zu geben, in diesem Monat an der inneren Festigung ihrer Organisation zu arbeiten.

DVP fordert Neuwahl des Hamburger Senats

Hamburg, 12. Dez. Der Senat und der Landesauschuss der Landesversammlung der Deutschen Volkspartei sollte folgenden Beschlüssen:

„Der Landesauschuss stellt fest, daß die Koalition, die früher zwischen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei bestanden hat, mit dem Zusammenbruch der am 27. September 1931 gewählten Bürgererschaft beendet ist. Nachdem der gesamte Senat zurückgetreten ist, führt er nach der Verfassung nur noch die Geschäfte bis zur Bildung des neuen Senats weiter. Nach dem Sinn der Verfassung und des Senatsgesetzes hat die Bürgererschaft den neuen Senat ohne Verzug zu wählen. Die Wahl ist bereits verzögert. Der Landesauschuss ersucht daher die Fraktion der Deutschen Volkspartei in der Bürgererschaft, den Herrn Präsidenten des Senats aufzufordern, auf Grund Artikel 41 der Verfassung dahin zu wirken, daß nimmermehr diejenigen Parteien, die Verantwortung übernehmen, die sie nach dem Ausgang der Wahl vom 27. September zu übernehmen haben, und er ersucht von den Deutschen Volkspartei angehörigen Mitgliedern des Senats, daß die ihr Amt niederlegen, wenn die Wahl eines neuen Senats nicht ohne weiteres Verzug von der Bürgererschaft vollzogen wird.“

Und in Bremen?

Der Völkerbund versagt

Paris, 11. Dez. Nach dem gestern erfolgten Abschluß der seit vierwöchigen Tagung des Völkerbundsrates soll der Redaktionsausschuss mit dem Vizepräsidenten Briand auch weiter von Zeit zu Zeit zusammenkommen, um gewissermaßen die Brücke von der Pariser Tagung zur nächsten Genfer Tagung des Rates zu schlagen. Tatsächlich liegen die Dinge so, daß der Rat in der mandschurischen Streitfrage ungefähr dort wieder angelangt ist, wo er sich zu Beginn seiner Pariser Tagung befunden hat.

Die großen Pariser Nachrichtenblätter enthalten sich im wesentlichen einer Kritik über das Ergebnis der Ratstagung, während die Mäntel der Rechten und Linken ohne Beschränkung ihren Mißerfolg zugeben. So sagt der sozialistische „Populaire“, daß Japan sich trotz seiner Zustimmung zur Entschärfung aller Streitigkeiten hinsichtlich der Fortsetzung der Feindseligkeiten vorbehalten habe. Der „Figaro“ spricht von der Ohnmacht des Völkerbundes. Seinen dreimonatigen Anstrengungen sei es nur gelungen, die Lage in der Mandschurei noch zu verschlimmern.

London, 11. Dez. Die „Times“ stellt in einem Leitartikel über „Frieden und Völkerbund“ fest, daß der Völkerbund eine ernste Schlappe erlitten habe, da es auf der Pariser Tagung an Festigkeit gefehlt habe.

Wallstreet, der lachende Dritte!

Die Folgen einer Preisdepression

Mit der letzten Notverordnung glaubt der Herr Reichsfinanzminister vor mehr als Jahresfrist gegebenes Versprechen vom Preisabbau erfüllt. Was ist es nun mit dieser schönen Forderung, die zwar mit Geheißkraft auf dem Papier, in der Generalvollmacht für den neuernannten Preisdepressor besteht? Es ist erschröcklich, wenn man mit ansehen muß, wie alle Anlässe dieser Regierung, an sich gelungene Forderungen in die Tat umzusetzen, scheitern, mehr noch, flüchtig ins Gegenteil ausarten. Geradezu katastrophal aber ist das praktische Ergebnis der fruchtlosen Versuche die unerschwinglichen Preise — unerschwinglich bei dem Minimum, das dem arbeitenden Volke verbleibt — herunterzulegen.

Wieder versucht man nun dem Arbeiter, Angestellten und Beamten und allen den „Not-Opfern“ der Brüning-Politik die

neuen, unerhörten Belastungen mit dem Luftschloß des Preisabbaus aufzuwickeln. Was wäre denn in Wirklichkeit gegeben, wenn tatsächlich — was nie eintreten wird — die Preise im gleichen Prozentsatz wie die Kürzungen am Verdienst abgebaut würden? Nichts, gar nichts! Die Not, mit der das Schwinden der Konsumkraft und damit auch der fortschreitende Bankrott der Wirtschaftszweige würde anhalten. Selbst der heute noch arbeitende und frohrende deutsche Mensch kann mit seinem kümmerlichen Verdienst in nur das Notwendigste bestreiten. Nach den neuen Belastungen nicht einmal das, auch wenn die Preise heruntergingen. Ein anderer ist wiederum der Nutznießer der beschleunigten Preisentwertung, die sich dadurch zur Preisstasistrophe auswirkt: das internationale Finanzkapital!

Gestützt auf ihre Devisen werden ausländische Käufer den deutschen Markt angrafen und wie in der Inflation gleich Spänen auf dem Schlachtfeld die Leiche der deutschen Wirtschaft fressen. Deutschland muß unendlich die hohen Preise der ausländischen Waren bezahlen, der Wert der Ausfuhr sinkt jedoch entsprechend den Inlandspreisen. Die Ware wird entwertet, verschleudert. Alleiniger Nutznießer ist das Finanzkapital mit seinen internationalen Trusten und Konzernen, die jetzt schon wieder zum Schlage aushalten. Das ist die Folge dieser Wirtschaftspolitik.

Wir holen nach:

Tagesbefehl an die SA und SS!

Eine Welle von Haß und Verleumdung will sich in letzter Stunde dem Siegesmarsch der NSDAP, entgegenwerfen.

Stützpunkt um Stützpunkt, Ort um Ort habt Ihr Männer der SA und SS, in jahrelangem jähen Ringen, nur getragen von Euren heiligen Glauben und unbändigen Siegeswillen erlänkt und gehalten. Eure Kraft und Euer Wille bürgt für den endlichen Sieg. Keine Macht der Erde kann Euch den Vorbeirer entreißen, wenn Ihr, ohne nach rechts oder links zu blicken, Euren Weg geradeaus geht wie bisher. Das weiß auch der Feind. Und so verurteilt er Euch zu reizen, herauszufordern und aufzuspielen. In letzter Stunde sollt Ihr noch die Nerven verlieren, sollt Ihr der heilige Zorn zu unüberlegtem Handeln hinreißen.

Wir kennen den feindlichen Plan, wir werden auch ihn zunichte machen.

Die nächsten Wochen werden Eure Geduld und Eure Selbstbeherrschung auf eine harte Probe stellen.

Saltet die Ohren steif, behaltet die Nerven!

Laßt Euch nicht provozieren, laßt Euch nicht verführen!

Ganz von selbst mit gesetzmäßiger Sicherheit wird uns das Schicksal die Gewalt in die Hand geben.

Bis dahin beißt die Zähne zusammen und erfüllt Eure Pflicht. Hart und verschlossen, eifern und unerschütterlich nach außen, glühend und gläubig im Innern.

Wer in den letzten Tagen der Prüfung verlagert, ist nicht wert, Zeuge des Sieges zu sein.

Ihr habt Härteres getragen, jetzt bleibt Euch fest!

Denn unser ist der Sieg, unser ist Deutschland!

München, 1. Dezember 1931

Der oberste SA-Führer:
Gen.: Adolf Hitler.

Bankenkontrolle?

Unter dem harmlosen Wort „Stillhalterhandlungen“ werden gegenwärtig Pläne geschmiedet, die von ungeheurer Tragweite sind und nichts anderes als ein Wiederaufleben der Bankenkontrolle in schamloser Form bedeuten. Wie aus Paris gemeldet wird, ist in der Frage der kurzfristigen Kredite eine Einigung zwischen Frankreich und Amerika zustande gekommen, die nur eine Verlängerung der handelsmäßigen Kredite auf deutsche Ausfuhrwaren vorsieht. Die Finanzkredite sollen nach französischer Absicht unter allen Umständen geündigt und zurückverlangt werden. Söhnlich erklärt man, daß die hohen Zinsen, die Deutschland schon bezahlt hat, eine Entschädigung für entstehende Verluste aus der sofortigen Kündigung bedeuten. Man werde risikolos auf den Ganze gehen und vor nichts zurückzucken.

Nüchtern sind Frankreich und Amerika entschlossen, harte Kontrollmaßnahmen in Deutschland durchzuführen. Es ist also mit einem Wiederaufleben des Reparationsagenten zu rechnen, der in Deutschland herrscht und in deutschen Betrieben herumschneift. Damit wären wir glücklicherweise wieder in die herrlichen Dantes-Feiten zurückversetzt, aus denen man uns endgültig herauszuführen glaubte.

Nachdem sich unsere Regierungen im Schutze ihres Angeichts um die Kommerzialisierung politischer Schulden bemüht und dabei leider auch Erfolg erzielt haben, kommt

jetzt anscheinend wieder die Politisierung der deutschen Handelschulden. Wenn Frankreich und Amerika das wollen, so können wir Deutsche auch daraus die Konsequenzen ziehen. Deutschland bezahlt keine politischen Schulden, daher erlirbt sich auch die Einrichtung eines Kontrollsystems. Wir rufen das ganze deutsche Volk gegen diesen neuen Anschlag auf seine Unabhängigkeit und Wirtschaftsfreiheit auf. Die Rückkehr Parter Gilberts oder seines Nachfolgers nach Deutschland muß am Widerstand des schaffenden Volkes scheitern.

„Wirtschaft“

Mehrere Schiffsladungen kanadischen Weizens wurden ins Meer versenkt, weil die Weizen infolge der niedrigen Weltmarktpreise und der hohen Frachtkosten einen Verlust beim Verkauf befruchteten.

Im Gebiet von Lodz wurde wegen Absatzmangels fast die gesamte Textilindustrie stillgelegt.

Die Regierung von Pennsylvania hat angeordnet, daß sämtliche Petroleumgruben wegen der Unrentabilität durch die starke Konkurrenz auf dem Weltmarkt geschlossen werden.

Aus Kuba wird gemeldet, daß mehrere Waggonladungen Zucker vernichtet wurden, nachdem es nicht gelungen war, Abnehmer dafür zu finden.

Zur Stützung der Kaffeepreise hat eine gegenwärtig tagende Konferenz der Produzenten beschlossen, einen brasilianischen Kaffeerausgleich zu wählen. Diesem Ausgleich würde die Ausgabe einer inneren Anleihe obliegen, mit deren Mitteln ein Teil der vorjährigen Kaffeerente erworben und dann vernichtet werden soll.

Die neueste Schiffsleistung der weltwirtschaftlichen Körperhaft ist jetzt in Brasilien geboren. Die Kaffeepflanzenzüchter wissen mit ihren Ernten nicht mehr wohin. Sie sind daher auf den glorreichen Gedanken gekommen, aus den Kaffeestöben Briskett zu pressen, und mit diesen Brisketts die Lokomotiven der Eisenbahn zu heizen. Es soll so etwas wie eine „Weltwirtschaft“ geben. Und es gibt in Genf beim Völkerverbund Komitees, die sich mit der Lösung aller möglichen und unmöglichen Dinge beschäftigen. Auf die Wiederherstellung der Vernunft in der Wirtschaft scheint aber keine dieser „Größen“ gekommen zu sein oder kommen zu wollen.



Schirme - Stockschirme
Taschenschirme - Stücke
in ganz hervorragender
Auswahl!
Sögestraße 47

Skandal-Prozesse

Gerechtigkeit auf falschem Wege

Von Adolf Schäfer

Wochenlang, Monate hindurch muß der durchschnittliche Zeitungsläser nun schon tropfenweise die Berichte über den Skandalprozeß der Berliner Konfektionsindustrie aufnehmen, der noch mehr einen Skandalprozeß, ein Vernichtungsgericht über die Verwaltung der Reichshauptstadt unter dem Demokratenvorbürgermeister Dr. Böß bedeutet. Man erinnere sich bei der Betrachtung des Skandalprozesses gelegentlich daran, daß Böß unmittelbar vor seinem glücklicherweise erfolgten Sturz der heißeste Kandidat für den Posten des preussischen Innenministeriums gewesen ist und glänzende Aussichten besaß, aus dem Palais des preussischen Innenministeriums Unter den Linden 72 den gar nicht so weiten Sprung nach dem „Blick der Republik“ 6, auf den Posten des Reichsinnenministers auszuführen. Und dann male man sich aus — oder unterlasse das lieber, um von dem unvermeidlich damit verbundenen Unwohlsein bewahrt zu bleiben —, welche „republikanische“ Behandlung dann der aufwärts drängenden deutschen Jugend und welche Freiheit der jüdischen Schieberwelt von der Art der Sklarets und der Barnats, der Kassenellenbogen und der Marcus zugewandt worden wäre.

Böß ist der Mann, der die Reichsleiter Helene Mayer von einer sportlichen Berliner Einzeldisziplinierung ausnahm, weil sie es nach ihrem Klimabüßler zu Amsterdam gemacht hatte, ihren Vereinsmümel zu tragen, der unter anderem die Farben schwarz-weiß-rot aufweist. Und Böß, der gleiche Böß, der ein so scharfes Auge für die Zusammenziehung der Wimper von weit hinten in der Provinz lebenden Sportvereinen hat, entdeckte noch heute nicht den Schmuck auf seiner weißen Weste, infolge jener Geistesverfallung, die Schirm und Schild für die planmäßige Ausplünderung der Reichshauptstadt durch gewisse Breslauer Juden gollischer Herkunft unter stittlicher Entwertung eines maßgeblichen Teils der Stadterhaltung gewesen ist. Wie hier muß das System des jüdischen Staatsparteilichs Dr.

Böß für die Schieberwelt gewesen sein, wenn selbst kommunistische Funktionäre schließlich keine Gefahr mehr darin sahen, sich dieser Korruption mit Haut und Haar in die Arme zu werfen! Diese Männer mit den wehrhaften Namen Degener und Gähnel waren selbstverständlich überzeugt, daß sie keine Besorgnisse zu hegen brauchten, wenn eine ganze Stadt, die Reichshauptstadt, bei Aufdeckung des Riesenbetrugs mit ihnen in den Sumpf der Verachtung und Verfehlung hinabstinken würde.

Verachtung und Verfehlung? Wer verachtet denn? Wer verfeilt? Wir erleben wochenlang das schaurige Theater eines Gerichtes, das diese Geisteskranken in der Stadtverwaltung auf der Grundlage der Gesetzesbestimmungen behandelt — man darf nicht fragen durchleuchtet; denn das geschieht leider nicht! —, jener Gesetzesbestimmungen, die für den Normalbürger und für Normalfälle von Verfehlungen ausgehoben worden sind. Wem soll das nützen! Der Gerechtigkeit? Was ist das für eine Gerechtigkeit, die für einen Millionenverderber staatlicher Gelder wie Barnat nur sechs Monate Gefängnis hatte und seine Selbstschleifer, die Sellmann und die anderen marxistischen Verren in Amt und Würden, ohne die Varnes Deutschlands gegen sich auf den Boden vonkommen ließ! Was ist das für eine Gerechtigkeit, die ein paar Angeklagte auf der Arminiusbrunnung bloß nehmen läßt und einen Zeugenapparat aufstellt, der in allen wesentlichen Bestandteilen wie Böß ist, ebenfalls als angeklagt betrachtet werden muß!

Sie wird der Sinn des Rechts buchstäblich zum Anfin und die Wohltat des geschlichen Schutzes zu einer unerschwinglichen Plage. Der gesund denkende Teil der Bevölkerung Deutschlands sieht sich tagtäglich vor der Fiktion der Verichte des Berliner Skandalprozesses an den Kopf und begriff nicht, weshalb man die ganze Gesellschaft aus dem System Böß, seine Urheber und seine Nutznießer und seine Opfer nicht einfach

in Bausch und Bogen durch eine gemein-schaftliche langjährige Freiheitsstrafe unschädlich macht. Gegen diese Krankheit nicht doch nicht mehr gegen ein Seilmittel, sondern hier hilft nur noch die Amputation. Eiterbeulen können man aufstecken. Hier handelt sich's aber gar nicht mehr um eine Eiterbeule, sondern um einen völlig verfaulenden Organismus, der radikal ausgeschieden werden muß.

Anstatt dessen erleben wir eine juristische Feinheit, die filigranartig die Schuld der Beteiligten abzumilchen sucht und in jedem Grade Schuldige wie den Überbürgermeister selbst trotz seiner immer wieder erlauteten Bestrahlungsmomente überhaupt nicht mehr auf die Anklagebank bringt. Ist das noch Sinn des Gesetzes dieses Suchen nach dem Grund der Schuld, dieser Aufwind von Schwarzfärbung für die Ermittlung des auf jeden Fall zu verhängenden Strafmaßes? Liegt in diesem Verfahren nicht geradezu eine Art Amputation?

Welcher Richter kann denn überhaupt noch Unterschiede des Tuns und Lassens in dem Klarempfing herauszufiltern hoffen? Jeder Beteiligten wäre in der Lage des anderen, der gemeinen am Strafmaßbuch eine schwere Verfehlung auf sich geladen hat, doch bereit gewesen, sich ebenso schuldig zu machen, wenn der Richter für ihn der gleiche gewesen wäre. Und die anderen, die nicht aus Überzeugung, sondern aus Angst vor dem Sanktion zurückschrecken, andere für sich Ges geben ließen. Ihnen zurecht. Wenn der Richter frei machen, verdienen doch auf jeden Fall eine mildere Behandlung. Wer hier den Maßstab des Gesetzes anlegt, sieht mit einem Neg aus weitausmaßigen Unwissenheiten. Hier liegt eine Not des Ganzen vor, gegenüber der ein Notgesetz dringlich gewesen wäre mit dem Grund: Keine langwierige aufregende Verhandlung! Mitgefangen, mitgefangen! Vernichtung aller Beteiligten auf Grund der möglichen Ermittlungen zu gemeinsamer Freiheitsstrafe!

Die erste Aufführung der Neueinstudie-
ung im Stadttheater mit den Damen Nie-
tz, Sagar, Ritz und den Herren Wenke,
tsch, Gerlach, Parge, Grünig, Orlemann,
endet am Montag zu ganz kleinen Preisen
**

Obernstr. 47 | Georgstraße 65
Roland 7341

Unsere Bremer SA vor Gericht

Der Prozeß um die Ermordung Deckers hat begonnen

Liebknicht, Abraham und Rosenfeld verteidigen die Marxisten

Zum 9. November

Dr. med. B. Thyllen

Als Arzt habe ich bisher aus grundsätzlichen Erwägungen in der politischen Presse nicht geschrieben. Die Ereignisse vom 9. November und die nachfolgenden Verbrechen und Lügen der „Volkzeitung“ drängen mich jetzt doch zu einigen Bemerkungen.

Wenn ich angegriffen werde, schlage ich wieder, und zwar kräftig. Das ist unter ganzem Recht und wird Ihnen, meine Herren vom Reichsbaner, ohne weiteres auch zugestanden. Daß Sie aber, abgesehen von dem feigen Überfall auf Wehrlose, den traurigen Geldmord aufbringen, auf dem Boden liegende Verwundete, sogar alte Leute und Zivilisten, mehrmals, nein dutzende von Malen mit Spaten zu schlagen, mit Messern zu stechen, mit Stiefeln zu treten, kann ich nur als affatistische oder affatistische Methode bezeichnen.

Ähnliches erlebte ich selbst im Kriege in vielen schweren Schlachten höchst selten, einmal allerdings ausgiebig in einem Waldgefecht mit Schwarzen. Stellen Sie sich allerdings mit diesen auf eine Stufe, so ist jeder Appell vergeblich. Wenn wir einen Gegner verurteilt und kampfunfähig gemacht haben, ist er unantastbar. Ich bedauerte einen alten Herrn von über 60 Jahren, den Sie liebes Volk mit 14 Schüssen in den Rücken über den Kopf und ins Gesicht bedacht haben; außerdem noch 9 verwundete Nationalsozialisten, die zusammen schätzungsweise 40 Stich- und Schlagverletzungen und Blutergüsse am ganzen Körper aufwiesen. Bei einem, wieder einem älteren Herrn, besaß eine schwere Augenverletzung, die das Sehvermögen gefährdete, als Nebenbefund Nasenbeinbruch, Knochensprünge unter dem Auge, Kopfwunde, Fingerbruch, Unterarmgelenk.

Somit sei zugleich die Angabe der Polizei bestritten, von 12 Schwerverletzten sei ihr nichts bekannt. — Daß ich am 9. November nach der Totengedenkfeier sofort zur Hilfeleistung bereit stand, ist klar. Konnte man doch schon um 8,15 Uhr nicht mehr unangebrochen die Nordstraße betreten, höchstens bis zum Zivill. In Uniform wäre man schon den harmlosen Rüstzeugspaten zum Opfer gefallen.

Daß wir als nationalsozialistische Helfer auch verwundeten Gegnern halfen, ist selbstverständlich. Willst du erinnern sich u. a. an die Wundbehandlung nach der Rundenbahn, nach der Rundenbahn im Casino verbunden worden zu sein (ohne nach jenem Namen gefragt zu werden). Als er beim Aufstehen launelte, boten ihm unsere Frauen Begleitung und Antio, als dies abgelehnt wurde, Fahrgeld für die Straßenbahn an. —

Zum Schluß lassen Sie sich gesagt sein: Glauben Sie nicht, mit Spaten, Beileisen und Messern auch nur einen Nationalsozialisten beschützen zu können. Druck erzeugt Gegenruck.

Unsere herrliche Bewegung wächst nur um so rasender. Bald flattern Hakenkreuze über allen Straßen, der Tag für Freiheit und für Brot bricht an!

Der Verhandlungsbeginn

Noch in aller Erinnerung sind die empörenden Vorfälle in der Nacht vom 9. zum 10. November, bei denen SA-Mann Decker ermordet und 12 andere Nationalsozialisten schwer verletzt wurden. Wenn die Polizeidirektion damals die Zahl 12 bestritt, so beweist der vorausgehende Artikel die Wahrheit unserer Angaben. Fast alle Schwerverletzten, auch der Bruder des ermordeten SA-Mannes, stehen jetzt als Überfallene wegen Landfriedensbruch und Mordhandeln mit tödlichem Ausgang vor dem Richter. 19 Marxisten sitzen ebenfalls auf der Anklagebank. In mehrstündiger Verhandlung — das Urteil dürfte kaum vor Sonnabend zu erwarten sein — wird nun das Gericht verurteilen, juristische Karrieren in die Vorfälle am Wandrabum, Ecke Bornstraße, zu bekommen, um danach die juristische Schuldfrage bejahen oder verneinen zu können. Wir wollen heute und in den folgenden Tagen dem Gericht nicht vorweisen, sondern aber schon jetzt darauf hin, daß der Begriff der juristischen Schuld sich keineswegs immer mit dem natürlichen Rechtsempfinden des Volkes deckt.

Der Oberstaatsanwalt geht in der Anklage davon aus, daß die Angeklagten zugegebenweise bei den Vorfällen „dabei waren“ und bezweifelt die Angaben derjenigen, die ebenfalls zugegebenweise geschlagen, aber in Notwehr gehandelt haben. Da sich die Anklage auf die Paragraphen 125 und 227 (Landfriedensbruch und Mordhandeln mit tödlichem Ausgang) stützt, kann also auch ein Überfallener, „der dabei war“, bestraft werden. Der Par. 125 sieht

eine Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis vor und auch der Par. 227 gibt lediglich für die Beteiligung eine Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren an.

Diese kurzen Andeutungen zeigen schon, daß auch sehr leicht Unschuldige erhebliche Gefängnisstrafen bekommen können.

Die Angeklagten

Seit morgen um 9,30 Uhr hat der Prozeß im großen Schwurgerichtssaal in Bremen begonnen. Schon Stunden vor Beginn der Verhandlung drängten sich auf der Freitreppe des Gerichtsgebäudes die Zuhörer und es war keine leichte Aufgabe, die 31 Angeklagten mit ihren Verteidigern, die Presse und die Zuhörer im Verhandlungssaal unterzubringen.

Da die letzte Notverordnung des Herrn Brüning sogar das Tragen von Parteizeichen verboten hat, erschienen unsere SA-Leute vor Gericht in Zivil und ohne Abzeichen. Sie sahen mit ruhigem Geistesstand dem Verlauf des Prozesses entgegen, denn sie wissen, daß sie entweder nur überfallen und auf das schwerste mißhandelt worden sind, oder aber nur in höchster Notwehr Angriffe der Gegenmacht zurückgeschlagen haben. — Die Namen unserer angeklagten Parteigenossen sind folgende:

Sturmabteilungsführer Clausen, und die SA-Leute Eduard Klosser, Willi Wischmann jun., Alfred Decker, Walter Bolenz, Hermann Garmlich, Wilh. Bruns, Willi Wischmann sen., Mar. Kufman, Gustav Schütte, Karl Köbe, Wilh. Köbe.

Von den Marxisten sind folgende Leute angeklagt:

August Walsmann, Georg Voigt, Karl Dreier, Aug. Bohn, Herrn. Meyer, Jan. Sieffens, Friedr. Zietzen, Anton

Sorich, Rudolf Kriegsmann, Hermann Bergenthal, Heinz Nolte, Bertram, Mühlmeister, Mauerhoff, Rade, Wesserschmidt, Entelmann, Osterloh, Rangenbeck.

Den Vorsitz führt Richter Dr. Schmiede, die Anklage vertritt Oberstaatsanwalt Dr. Drechsler. Unsere SA-Leute werden verteidigt von den Hrn. Rechtsanwält von Seelen, Bremen, und Rechtsanwält Dr. Frenschler, Kassel. Hr. Dr. Frenschler ist der Führer des Landesverbandes Bremen, des Bundes nationalsozialistischer Juristen, führendes Mitglied der heftigen Organisation und in letzter Zeit hervorgetreten in dem bekannten Kurfürstendamm-Prozeß. Die Gegenseite wertet mit Herrn Liebknecht, dem Bruder des fälschlich bekannten Genossen der Rosa Luxemburg, mit Herrn Molesfeld und Herrn Abraham, mit Herrn Staatsminister und einem anderen Herrn Müller, dem Kollegen des Herrn Dr. Jordan, auf. Die Herren Liebknecht, Abraham und Molesfeld erscheinen auch uns durchaus geeignet für die Aufgabe, die Unschuld des Reichsbanners nachzuweisen.

Bislang sind 32 Reuen geladen, darunter eine Reihe von Polizeibeamten, sowie der Leiter der bremischen Nachrichtenstelle Hauptmann Krause.

Herr Molesfeld und Herr Abraham scheinen sich im übrigen für die Aussagen der angeklagten 12 Nationalsozialisten nicht zu interessieren, denn ihr Kommen ist erst für Dienstag morgen angefallen. An diesem Tage werden die Polizeibeamten vernommen, während die übrigen Zeugen zu Mittwoch morgen geladen sind. Voraussichtlich wird jeden Tag bis 4 Uhr nachmittags verhandelt werden. Die WZ. wird laufend in großer Ausführlichkeit über den Prozeß berichten.

Schießerei zwischen Polizei und KPD.

Ein Toter und mehrere Verletzte in Hamburg

Hamburg, 13. Dez. Am Sonntagabend gegen 18 Uhr kam es auf dem Hamburger Dom zu schweren Zusammenstößen zwischen Mitgliedern der KPD und Polizeibeamten. Die KPD-Mitglieder hatten versucht, in der zweiten Hauptreihe einen Umzug zu organisieren. Sie hatten zu diesem Zweck geschickt verteilte Agitationsredner auf den Boden der Schaustellerstände postiert, die von dort heraus aufreizende Sprechreden hielten. Die Sache endete damit, daß die Menge unter Abgabe der Internationale und Ausstoßung von Schmähschriften gegen Brüning und die neue Notverordnung einen Zug von mehreren hundert Personen bildeten und die zweite Hauptreihe hinterrücks angriffen.

Als fünf Polizeibeamte der Domstraße dem Zug entgegenzogen und ihn zum Auseinandergehen aufordneten, flohen plötzlich Steine und Glasstücke gegen die Beamten. Diese gaben einige Schreckschüsse ab und schloßen dann scharf. Als die Menge später durch die inzwischen eingetroffenen Wannehelfer von drei Polizeiautos auseinander

getrieben worden waren, blieben auf der Straße eine Anzahl Schwerverletzte sowie mehrere Leichtverletzte. Die Schwerverletzten wurden ins Spitalerkrankenhause gebracht, wo einer von ihnen gestorben ist.

Der amtliche Bericht über diesen Zwischenfall lautet: Am Sonntagabend gegen 17 Uhr vertrieben Kommunisten auf dem Gängeviertel während des Dommarktes zu demonstrieren. Es traten an mehreren Stellen einen der Vorher festgenommenen hatte, wurden sie von Teilnehmern der Demonstrationen angegriffen, mit Steinen geschlagen und teilweise von der Schaustellergegend getrieben. Ein 22 Jahre alter in Altona wohnhaft gewesener Karl Wittrich, der einen Leichter erhalten hat, vier weitere Männer und ein Schulknabe erlitten Bein- bzw. Armverletzungen. Einer der Redner und vier weitere Demonstrationen konnten festgenommen werden.

Stahlhelm gegen Uniformverbot

Magdeburg, 13. Dez. Der Bundesverband des Stahlhelms, der am Sonntag und Montag in Magdeburg tagte, hat eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt:

„In tiefer Empörung hat der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, von dem Uniform- und Abzeichenverbot Kenntnis genommen. Vor 13 Jahren haben nach vierjährigem Krieg die Freikorps und der Stahlhelm Deutschland vor dem Neufestsetzen gerettet. Die Bildung der Reichswehr wurde erst hierdurch ermöglicht. Zwölf Jahre hat der Stahlhelm selbstlos unter größten Opfern ohne Lohn und Anerkennung sich

für die Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes als Voraussetzung deutscher Freiheit eingesetzt. Heute verbietet man dem Stahlhelm nicht nur sein symbolisches Abzeichen, sondern sogar das Tragen des alten Ehrenkleides. Dagegen erheben wir den schärfsten Einspruch.“

Unter Hinweis auf die bevorstehenden internationalen Konferenzen erklärt der Bundesverband dann, daß der Stahlhelm angesichts der ungeheuren Notlage, die durch die fehlerhafte Annahme des Youngplans verursacht worden sei, seinen Kampf für Deutschlands Freiheit auch ohne Uniform und Aufmarsch fortsetzen werde.

Die sozialen Wahlen

werden am ein Jahr verschoben?

In der neuen Notverordnung ist ein kleiner Passus vertrieben, der bisher noch keine Beachtung gefunden hat, aber von der allergrößten Bedeutung ist. Das Kapitel 2 des 6. Teiles lautet folgendermaßen:

„Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Amtsdauer derjenigen Personen, die nach den Vorschriften des Betriebsrätegesetzes, der Reichsversicherungsordnung, des Angestelltenversicherungsgesetzes, des Reichsgruppengesetzes oder des Schwerbeschäftigtengesetzes in ein Ehrenamt gewählt sind und deren Amtsdauer spätestens mit dem Ende des Kalender-

jahres 1932 durch Ablauf der Wahlzeit enden würde, um einen Zeitraum bis zu einem Jahr zu verlängern.“

Dadurch wird nicht nur die Möglichkeit geschaffen, die jährlich stattfindenden Betriebsrätewahlen zu verschieben, sondern auch die Krankenfallwahlen, die seit 1927 zum ersten Mal wieder in diesem Frühjahr fällig waren. Zweifellos wären bei allen diesen Wahlen die roten und schwarzen Funktionäre zum größten Teil aus ihren Stellen vertrieben und durch Nationalsozialisten ersetzt worden. Man täuscht sich wohl in dieser mangelhaften Vorgangsweise, daß die Rettung der Regierung durch Brüning sich die weitere Fortsetzung durch die Sozialdemokratie erlaubt hat.

Wir tragen nach:

Wirtschaftspartei für doppelte Umsatze

Berlin, 11. Dez. Ueber die Sitzung des Reichsausschusses der Wirtschaftspartei am Freitag wird ein Bericht ausgegeben, in dem es u. a. heißt: Der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei nahm bei seiner Tagung am Freitag den Bericht des Fraktionsführers Wollath über die politische Lage und die Stellungnahme der Fraktion zur Notverordnung entgegen.

Der Reichsausschuß nimmt von dem Beschluß der Fraktion die Entscheidung über Einberufung des Reichstages auf Anfang Januar zu vertragen und gegen den kommunalistischen Antrag auf Einberufung des Reichstages noch vor Weihnacht zu stimmen. Kenntnis, hält jedoch nach Lage der Dinge in Übereinstimmung mit der Reichstagsfraktion den Zusammentritt des Reichstages in der ersten Hälfte des Januar für erforderlich.

Volkspartei für Einberufung des Reichstages.

Berlin, 11. Dez. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat sich am Freitag nachmittags eingehend mit der letzten Notverordnung der Reichsregierung beschäftigt. Dabei wurde anerkannt, daß in dieser Notverordnung der erste Versuch eines Wirtschaftsprogramms vorhanden ist, daß man andererseits den einzelnen Bestimmungen doch sehr festlich gegenübersehen müsse.

Die Reichstagsfraktion beschäftigt sich dann auch mit der Frage der Einberufung des Reichstages: Sie wird, wie der DL mitgeteilt wird, für die Einberufung des Reichstages stimmen.

Die „Venus“ war Sprit-schmuggelschiff

Kopenhagen, 12. Dez. Wie aus Oslo gemeldet wird, handelt es sich bei dem am Freitagabend an der norwegischen Westküste gestrandeten Dampfer „Venus“ um ein Spritschmuggelschiff. Wie festgestellt wurde, verließ das Schiff am 1. Dezember Dänemark (Sjælland) mit 18.000 Liter Sprit an Bord, der nach Norwegen eingeschmuggelt werden sollte. Das Schiff hatte schon seit Tagen vermisst, an der Küste anzulegen, wurde aber immer wieder von Booten vertrieben. Vor einigen Tagen wurde die „Venus“ im Trondhjem-Fjord von einem Hubschrauber beobachtet. Einige Schiffe sollen das Schiff getroffen haben, was wahrscheinlich die Ursache sein dürfte, daß es den Sturm der letzten Nacht nicht mehr überstand. Es bestätigt sich, daß von den 13 Mann Besatzung nur zwei gerettet worden sind. Unter den Gefangenen befindet sich auch der Kapitän, der ein Däne namens Winars, groß sein soll.

Siebenhundert Jahre deutsch - jetzt von Lettland enteignet

Tausende von deutschen Nigauern strömen am Donnerstagabend in den Nigard Dom, um am letzten deutschen Gottesdienst teilzunehmen. Die Kirche war bis an den letzten Platz gefüllt; selbst die Gänge waren dicht besetzt.

Das ehrwürdige Gotteshaus, das von deutschen Meistern und nur mit deutschen Mitteln erbaut worden ist, geht auf Grund der bekannten Enteignungs-Notverordnung der lettischen Regierung entschädigungslos in lettischen Besitz über. Die deutsche Domgemeinde, die zwölftausend Mitglieder zählt, sieht sich schmerzlichen Szenen ausgesetzt, ihr angestammtes Gotteshaus zu verlassen.

Sieben Jahrhunderte hindurch hat der Nigard Dom deutschen gottesdienstlichen Zwecken gedient. Seit der Agrarreform ist die Enteignung des Nigard Doms der schwerste Schlag, den das lettische Deutschland getroffen hat. Trotz der berechtigten Empörung über das gechehene Unrecht, die in deutschen Kreisen Lettlands herrscht, stand der letzte deutsche Gottesdienst ganz im Zeichen des alten Lutherliedes:

„Eine feste Burg ist unser Gott“.

Selten sind wohl die Worte „Feste Burg“ so deutlich und so deutlich, daß man sich nicht wundern kann, daß die Welt voll Teufel waret!“

Torpedo 15 — RM. 198.—
die neue Kleinschreibmaschine
G. A. Dörbächer - Sögestraße 36-38

Nationalsozialistische Interpellation in der Bürgerschaft

eingebracht:

Eine Stellungnahme des Senats zu all diesen Vorwürfen erfolgte bisher jedoch nicht.

prüfen unter Berücksichtigung der oben geschilderten Tatsachen. Es ist überhaupt unverständlich, wie Herr Wellmann die Wiedereinstellung vornehmen konnte und auch noch den wichtigsten Posten eines Geschäftes an eine so sehr belastete Person übertragen. Ist die Tassache Herrn Förste nicht bekannt?

Dieß machte schon etwa

feien, um damit darzutun, wie groß das Risiko dieser Darlehensgeschäfte für den Staat sei. Dies geschah offensichtlich mit der Absicht, den Wert der Sparzentrale in Hinblick auf eine etwaige Übernahme durch Herrn Wellmann herabzumindern. Auf die Gegenfrage unseres Herrn Pfeifer, daß ja bei Darlehen durch Bürgen oder sonstige Sicherheiten gesichert seien, erklärte er, daß dies für den allgeringsten Teil nicht auftreffe. Er

1 einem zugelassenen und ordnungsgemäß

Weiterhin fragen wir an, ob der Senat bereit ist, ein förmliches Disziplinarverfahren gegen den Leiter der Sparzentrale mit dem Ziele der sofortigen Dienstentlassung (falls Pensionsberechtigung besteht, ohne Pension) einzuleiten und den Leiter der Sparzentrale während der Dauer des Disziplinarverfahrens zu beurlauben?

3 | 2 Freunde zu erwerben.

Intimitates des Raumes, wie man sie als trübsames Foto in Fignaros Hochzeit und in Notendaballer genießt, vollkommen beseitigt. Mit einem entzückenden Weihnachtsstimmung, „Der Schneemann“ bereitet das Theater allmachtmäßig der bremsigen Kinobühne ein besonderes Vergnügen. Das ganze Wunderland, das gerade um die Weihnachtszeit der Kinder Bantafie und Traum erfüllt, wird ihnen da in sichtbar annehmbarer, trübsamer und aus mitternächtlicher Wirklichkeit mit „Schneemann und überbreiten Dorfbäumen“ werden sie in wunderbaren Träumen verankert, das ihnen das Schlaraffenland mit König Veberwurf (Gertrud Abnelt), Einzelmanns Reich mit seine Speisegewürzwerk und den Palast der Fingstigen (Fraulein Fiebig) vorgekauft, in der sie am Schluss die Hochzeit des Schneemann (Herr Barge) und der Fingstigen mitternächte. Aus dem schönen Traum werden die Fingstigen (Gertrud Abnelt) und der Schneemann (Herr Barge) durch die Fingstigen (Gertrud Abnelt) geweckt und zum Glück für die die im Traum gescheuten Herrlichkeiten mit milden Träumen Gaben bedacht.

1 einem zugelassenen und ordnungsgemäß

1. mit einem Schreiben an den Präsidenten des
Senats gewandt, in dem er unter Hinweis

Theater-Deputation wird der Finanz-Deputa-
tion noch viel Kopfschmerzen machen.